

N i e d e r s c h r i f t

**der 47. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 20.11.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Herr Harald Bartl	parteilos	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	ab 16:11 Uhr
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	Vertreter für Frau Dr. Bergner ab 16:00 Uhr bis 16:11 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	ab 16:03 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE	Vertreter für Herrn Lange
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Gerry Kley	FDP	ab 16:04 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	
Herr Egbert Geier	Bürgermeister	
Herr Uwe Stäglin	Beigeordneter	
Frau Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Wolfram Neumann	Beigeordneter	
Frau Sabine Ernst	Verwaltung	
Herr Oliver Paulsen	Verwaltung	
Herr Marco Schreyer	Verwaltung	
Frau Anja Schneider	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE
--------------------	-----------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 47. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

5.2 Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013

Vorlage: V/2012/11313

Wurde im Jugendhilfeausschuss vertagt.

5.3 Kulturpolitische Leitlinien

Vorlage: V/2013/11904

Weiterer Beratungsbedarf im Kulturausschuss.

5.4 Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich Gebührenordnung ab 01.08.2014

Vorlage: V/2013/12036

5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich Gebührenordnung ab

01.08.2014 - Vorlagen-Nr.: V/2013/12036

Vorlage: V/2013/12249

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

5.5 Richtlinie für die Tagespflege in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/11686

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

5.6 Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/11915

5.6.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der

Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)"; Vorlage V/2013/11915

Vorlage: V/2013/12165

5.6.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/11915

Vorlage: V/2013/12212

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

5.7 Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/11920

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

5.8 Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/11949

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

5.9 Wirtschaftsplan 2014 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: V/2013/12073

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

5.10 Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2014

Vorlage: V/2013/12070

Gleiche Voten in den Ausschüssen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über eine Ergänzung zum Tagesordnungspunkt

5.1 Kommunalwahl 2014

Vorlage: V/2013/12003

Hierzu wurde ein Übersichtsblatt zur Verdeutlichung der Veränderungen in den Wahlbereichen verteilt.

Weitere Änderungen lagen nicht vor. **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.10.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.10.2013

- 5. Beschlussvorlagen
 - 5.1 Kommunalwahl 2014
Vorlage: V/2013/12003
 - 5.2 *Spielflächenkonzeption Halle (Saale) 2013*
Vorlage: V/2012/11313 abgesetzt
 - 5.3 *Kulturpolitische Leitlinien*
Vorlage: V/2013/11904 abgesetzt
 - 5.4 *Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich Gebührenordnung ab 01.08.2014*
Vorlage: V/2013/12036 abgesetzt
 - 5.4.1 *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Satzung des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel" einschließlich Gebührenordnung ab 01.08.2014 - Vorlagen-Nr.: V/2013/12036*
Vorlage: V/2013/12249 abgesetzt
 - 5.5 *Richtlinie für die Tagespflege in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11686 abgesetzt
 - 5.6 *Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11915 abgesetzt
 - 5.6.1 *Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)"; Vorlage V/2013/11915*
Vorlage: V/2013/12165 abgesetzt
 - 5.6.2 *Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage "Satzung über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)" - V/2013/11915*
Vorlage: V/2013/12212 abgesetzt
 - 5.7 *Änderung der Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11920 abgesetzt
 - 5.8 *Wirtschaftsplan 2013 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/11949 abgesetzt
 - 5.9 *Wirtschaftsplan 2014 Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2013/12073 abgesetzt
 - 5.10 *Wirtschaftsplan der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH für das Jahr 2014*
Vorlage: V/2013/12070 abgesetzt
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung
Vorlage: V/2013/11778

7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.10.2013

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 46. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 23.10.2013.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 23.10.2013

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über folgende in nicht öffentlicher Sitzung am 23.10.2013 gefassten Beschlüsse.

zu 3.1 Ernennung der Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bauen Vorlage: V/2013/11933

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt, als Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Bauen
Frau Angelika Foerster
zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu ernennen.

zu 3.2 Beförderungen von Beamten der Stadt Halle (Saale) ab Besoldungsgruppe A 12 Landesbesoldungsgesetz Sachsen-Anhalt (LBesG LSA) zum 01.11.2013 Vorlage: V/2013/12085

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Halle (Saale) beschließt, folgende Beamte des feuerwehr-, verwaltungs- und vermessungstechnischen Dienstes zum 01.11.2013 zu befördern:

1. Herrn Branddirektor Wolfgang Hans
2. Herrn Brandrat André Halko
3. Herrn Brandrat Günter Hedel
4. Herrn Brandratsrat Rainer Goldschmidt

5. Herrn Brandamtsrat Mathias Willenberg
6. Herrn Stadtverwaltungsoberrat Dr. Thomas Brümmer
7. Herrn Stadtverwaltungsoberrat Jörg Baus
8. Herrn Stadtverwaltungsrat Marco Schreyer
9. Herrn Vermessungsoberrat Frank Metzler

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Kommunalwahl 2014 **Vorlage: V/2013/12003****

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat Frau Stenzel, Abteilungsleiterin Statistik und Wahlen, um Erläuterung der Vorlage.

Frau Stenzel informierte, dass im § 7 des Kommunalwahlgesetzes Sachsen-Anhalt festgelegt sei, dass vor jeder Kommunalwahl die Wahlbereiche insbesondere dann, wenn die durchschnittliche Einwohnerzahl in den einzelnen Wahlbereichen überschritten wurde, neu zu bestimmen sind. Sie führte aus, dass im Jahr 2009 im Wahlbereich 3 die Einwohnerzahl um 28 % über dem Durchschnitt lag und im Wahlbereich 1 um 24 % unter dem Durchschnitt, so dass ganz besonders wegen dieser Wahlbereiche die Wahlbereiche insgesamt neu strukturiert wurden.

Die Vorschläge wurden im März dieses Jahres von Herrn Bürgermeister Geier an die Fraktionen weitergeleitet. In der Rückmeldung haben vier Fraktionen dieser Aufteilung bereits im Vorfeld zugestimmt und alle haben sich für die Festlegung von fünf Wahlbereichen zur Kommunalwahl 2014 ausgesprochen.

In Bezug auf den Punkt 1 des Beschlusses fragte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, an, ob es einen bestimmten Grund dafür gäbe, dass Herr Bürgermeister Geier zum Gemeindegewahlleiter berufen werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verneinte dies. Es liege kein bestimmter Grund vor, er sei jedoch der Auffassung, dass es nicht zwingend eine Aufgabe des Oberbürgermeisters wäre.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beruft den Bürgermeister, Herrn Egbert Geier, zum Gemeindegewahlleiter sowie Frau Rita Lachky zur stellvertretenden Gemeindegewahlleiterin für die Kommunalwahl 2014.
2. Der Stadtrat beschließt für die Kommunalwahl 2014 die Zahl und die Abgrenzung der Wahlbereiche (Anlage 1 und 2).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Stadträte Lothar Dieringer (CDU) und Andreas Scholtyssek (CDU) zur Stärkung der Wirtschaftsförderung Vorlage: V/2013/11778

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, führte aus, dass die Stärkung der Wirtschaftsförderung in der Stadt das Anliegen des Antrages sei, da man festgestellt habe, dass in den vergangenen Jahren das Personal und das Budget der Wirtschaftsförderung kontinuierlich geschrumpft ist.

Dabei verwies **Herr Scholtyssek** auch auf die gesunkenen Unternehmenskontakte der Wirtschaftsförderung im Jahr 2012, was daran lag, dass die dafür zuständige Stelle nicht besetzt war.

Der jetzt vorliegende Antrag beinhalte drei wesentliche Punkte. Zum einen soll das Budget der Wirtschaftsförderung nicht weiter absinken, sondern auf dem ohnehin bereits reduzierten Niveau der letzten Jahre im Haushaltsansatz verbleiben. Desweiteren werde die Stadtverwaltung gebeten, das Budget rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Und im dritten Punkt wird darauf hingewiesen, dass freie Stellen mit geeignetem Personal zügig wieder besetzt werden sollen.

Die Wirtschaftsförderung sei ein wichtiger Bestandteil der Stadtverwaltung und einer der wenigen Bereiche, mit dem langfristig gesehen, Geld verdient werden könne. Deshalb müsse der Bereich gestärkt werden und Herr Scholtyssek bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine schnelle Besetzung der vakanten Stellen im Bereich Wirtschaftsförderung zu. Weiterhin informierte er darüber, dass die Verwaltung die Wirtschaftsförderung derzeit dahingehend konzipiere, dass sie effizienter werde.

Zum gleichen Thema teilte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, mit, dass in Abstimmung mit Herrn Bürgermeister Geier der jetzt geänderte Antrag bezüglich Punkt 3, dass die Stadtverwaltung nicht *beauftragt*, sondern *gebeten* werde, sicherzustellen, dass mit Jahresbeginn der Wirtschaftsförderung die Inanspruchnahme der Mittel im benötigten Umfang ermöglicht wird, durch die Verwaltung akzeptiert werden kann.

Gleiches gelte auch für die Wiederbesetzung der freien Stellen.

Hinsichtlich der Thematik Sachmittelbudget gäbe es einen Aufwuchs im jetzigen Haushaltsplanentwurf, für den im Wirtschaftsausschuss eine Deckung in Höhe von 30.000 Euro gefunden wurde. Bei Zustimmung des Antrages müsste dies im Finanzausschuss noch einmal insgesamt mit allen Anträgen betrachtet werden.

Bezogen auf die Diskussion im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass sich diese auf die textliche Formulierung des ursprünglichen Antrages bezog, welche aus seiner Sicht nicht mit der Gemeindeordnung vereinbar war.

Zur Beschaffung des Personals werde er die Personalverwaltung beauftragen, alles Notwendige sofort in die Wege zu leiten.

Zu den Sachmittelbudgets merkte **Herr Bürgermeister Geier** an, dass die Zahlen entsprechend der Vorjahre und in Abstimmung mit Herrn Beigeordneten Neumann eingestellt worden sind. In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, dass die Machbarkeit der Wirtschaftsförderung nicht nur an ein Sachmittelbudget gekoppelt werden könne, sondern dass es auch auf die Wirtschaftsförderer selbst ankomme.

Was die Deckung bzw. den Mehrbedarf angehe, führte **Herr Bürgermeister Geier** aus, dass aus dem Bereich von Herrn Beigeordneten Neumann 30.000 Euro kommen und 70.000 Euro noch offen seien und er bei der jetzigen Sachlage ablehnen müsste. Es sei aber durchaus möglich, bei einer Gesamtbetrachtung über den Haushalt an einer anderen Stelle eine Deckung der restlichen Mittel zu finden.

Grundsätzlich sei er aber dafür, dass bei Änderungen finanzieller Art ein Deckungsvorschlag des jeweiligen Geschäftsbereiches vorgenommen werden müsse.

Frau Ewert, SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass sich der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung einmütig zu diesem Antrag bekannt habe, da es erforderlich sei, dass die Wirtschaftsförderung gut ausgestattet sein sollte. Man gehe davon aus, dass die Verwaltung noch weiter nach finanzieller Deckung suche. Auch sie bat um Zustimmung zum Antrag.

Herr Scholtyssek wies in Bezug auf die Deckung der Finanzmittel noch einmal darauf hin, dass es bei Antragstellung am 29. Mai 2013 noch keinen Haushalt gab und sich die Diskussion so lange hingezogen habe.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, äußerte sich zum gleichen Thema dahingehend, dass der Zustand der Gewerbesteuereinnahmen problematisch sei und die Stadt dies angehen müsse.

In Bezug auf den Antrag sehe er jedoch nicht, dass es zwischen Wirtschaftsförderungsaktivitäten und Gewerbesteuereinnahmen einen zwingenden Zusammenhang gäbe. Sollte es so sein, dann komme die Stadt auch nicht zu einem besseren Ergebnis, wenn mehr Geld bereitgestellt werde. Die Stadt blicke auf eine langjährige Praxis der Wirtschaftsförderung in Halle zurück. Die vorgefundenen Zahlen seien möglicherweise das Ergebnis dieser Wirtschaftsförderung. Deshalb glaube er nicht, dass man mit mehr Geld tatsächlich zu mehr Wirtschaftsförderung komme.

Seine Fraktion sei der Auffassung, dass es zunächst eine umfassende Aufgabenkritik und Konzentration auf wesentliche Schwerpunkte und ein Wirtschaftsförderungsleitbild der Stadt geben müsste. Insoweit sei der Antrag zu früh gestellt und zu kurz gefasst und deshalb werde seine Fraktion diesem nicht zustimmen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte im Wesentlichen den Ausführungen von Herrn Scholtyssek zu. Die Stadt habe eine prekäre Einnahmesituation was die Gewerbesteuer anbetreffe und man teile auch das Anliegen zu überlegen, wie man das verbessern und Ansiedlungen nach Halle holen könne.

Zu den kritischen Bemerkungen von Herrn Knöchel fügte **Herr Wehrich** noch hinzu, dass sich die Verwaltung im Punkt 1 auf den Kompromiss der Umformulierung geeinigt habe, dass die Verwaltung *gebeten* werde, etwas zu tun, was haushaltsrechtlich nicht möglich sei. Insofern sehe er mit der geänderten Formulierung keinen Unterschied und könne dem auch nicht zustimmen. Gleiches betreffe Punkt 2. Es sei nicht möglich, die Mittel der Wirtschaftsförderung schon am Anfang des Jahres bereitzustellen, soweit der Haushalt nicht genehmigt ist.

Zum Punkt 3 merkte **Herr Wehrich** an, dass es hinsichtlich der Stellenbewertung nicht möglich sei, die Fluktuation in irgendeiner Weise mit einzubeziehen, da diese durch objektive Kriterien anhand der Aufgaben, die der Stelleninhaber erledigt, abzuleiten sind.

Zusammenfassend stellte **Herr Wehrich** fest, dass er das Anliegen teile, wies aber auch darauf hin, dass eine Verständigung zu den Tätigkeiten der Wirtschaftsförderung und eine Aufgabenkritik ein guter Weg sei und sich in Zukunft auf diese Schwerpunkte konzentriert werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand regte an, die genannten Vorschläge in die Formulierung mit einzubeziehen

Zum gleichen Thema führte **Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, aus, das man sich schon in der Finanzausschusssitzung darüber ausgetauscht habe, dass der Antrag im gesetzten Haushaltsrahmen von der Verwaltung abverlangt, die Möglichkeit der finanziellen Deckung innerhalb des Bereiches zu suchen. Seine Fraktion würde dem Antrag zustimmen,

Auf Nachfrage von Herrn Scholtyssek teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass er sich den genannten rechtlichen Bedenken anschließe.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, merkte bezugnehmend auf die rechtlichen Bedenken an, dass man dann zum Beispiel auch den Neujahrsempfang Anfang Januar absagen müsse, da dies auch keine Pflichtaufgabe sei und die Erbringung von freiwilligen Leistungen im Ermessen der Verwaltungsspitze liege. Mit dem Antrag soll die Verwaltungsspitze aufgefordert werden, Aufgaben mit hoher Priorität zu betreiben, damit die Arbeit der Wirtschaftsförderung funktioniert.

Herr Knöchel wies darauf hin, dass er keine rechtlichen Bedenken geäußert habe, sondern dass er das Problem bei der Wirtschaftsförderung darin sehe, über die Strukturen und ihre Wirkungsmächtigkeit nachzudenken. Des Weiteren verwies er auf eine Untersuchung, veröffentlicht beim Institut für Wirtschaftsforschung in Halle, in welcher sich Herr Hauck mit der Wirksamkeit kommunaler Wirtschaftsförderung beschäftigt habe.

Herr Kley, FDP-Fraktion, brachte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass durch den Finanzbeigeordneten nicht die Möglichkeit geschaffen wurde, die im Antrag enthaltenen finanztechnischen Anforderungen umzusetzen. Dabei verwies er darauf, dass es die Möglichkeit der Verpflichtungsermächtigung gegeben hätte. Seiner Meinung nach sollten die Anstrengungen bezüglich der Wirtschaftsförderung verdoppelt werden und seine Fraktion werde den Antrag unterstützen.

Bezugnehmend auf die Anmerkungen von Herrn Kley zur Verpflichtungsermächtigung wies **Herr Bürgermeister Geier** darauf hin, dass Verpflichtungsermächtigungen nur für Investitionen vorgesehen sind und die Zielstellung im vorliegenden Antrag darin bestehe, die laufenden Aufwendungen entsprechend zu erhöhen.

Es sei zwar möglich, diese Aufwendungen in die Finanzplanung für die Folgejahre einzubauen, jedoch sei die Finanzplanung für die Folgejahre nicht Beschlusslage, sondern es ist das jeweilige Haushaltsjahr. Das heißt, in der Darstellung des Haushaltes 2014 wird das Jahr 2014 beschlossen und die Finanzplanung für 2015/2016 ff. zur Kenntnis genommen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, zeigte sich positiv überrascht vom konstruktiven Umgang der Verwaltung mit der Intention des Antrages.

Im Moment sei die Arbeitsfähigkeit zwar eingeschränkt, aber mit den genannten Ermessensmöglichkeiten sei man auf einem guten Weg, auch wenn vom Finanzbeigeordneten Bedenken vorgetragen worden sind.

Herr Krause betonte auch, dass nicht zu unterschätzen sei, welches Signal an die Wirtschaft gehe, wenn der Stadtrat sich dazu bekennt, die Wirtschaftsförderung zu stärken. Aus diesem Grund werde seine Fraktion den Antrag auf jeden Fall unterstützen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte abschließend dazu fest, dass der Beigeordnete für Wirtschaft und Wissenschaft bis zur Stadtratssitzung den Auftrag habe, eine Deckung für die noch fehlenden Finanzmittel in seinem Geschäftsbereich zu suchen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
8 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Das Sachmittelbudget für Zwecke der Wirtschaftsförderung ist in Höhe des Haushaltsplanansatzes 2013 für die Jahre 2014 bis 2016 bei der Haushaltsaufstellung festzuschreiben.

~~2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung zu schaffen, womit der Wirtschaftsförderung die Inanspruchnahme der Mittel im benötigten Umfang von Beginn des jeweiligen Planjahres an ermöglicht wird.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt **gebeten sicherzustellen, dass mit Jahresbeginn der Wirtschaftsförderung die Inanspruchnahme der Mittel im benötigten Umfang ermöglicht wird.**

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die zügige und anforderungsgerechte Wiederbesetzung vakanter Stellen sicherzustellen (auch durch externe Ausschreibung) und eine angemessene Stellenbewertung vorzunehmen, die einer Fluktuation in andere Verwaltungsbereiche begegnet.

~~4. Zur Stärkung der Akquisitionstätigkeit soll im Stellenplan des Haushaltes 2014 eine Mitarbeiterstelle im Bereich Ansiedlungsverfahren neu geschaffen werden. Darüber hinaus soll eine Teamleiterstelle im Bereich Bestandspflege und -sicherung neu geschaffen werden, da derzeit nur ein Restteam IT und Kreativwirtschaft (bei einer Vakanz) und ohne Leiter existiert (resultiert aus Neugründung Fachbereich Wissenschaft).~~

~~5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Oktober 2013 eine Evaluierung der bisherigen Strategie zu Ansiedlungen und Bestandspflege vorzulegen. Hierin sollen insbesondere Vorschläge zur Effektivitätssteigerung der Arbeit der Wirtschaftsförderung getroffen werden. Dieses soll auch Aussagen zur möglichen Einbindung von Projektentwicklern enthalten sowie einen anhand vergleichbarer Städte orientierten Vorschlag zur Höhe des Budgets der Wirtschaftsförderung enthalten.~~

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur TOO GmbH

Auf Antrag der SPD-Fraktion, wurde zum gesamten TOP 8 Mitteilungen ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich darf Herrn Stiska begrüßen und ich würde ganz gern mit der Mitteilung zur TOO GmbH anfangen, wenn ich darf.

Ich möchte Ihnen ganz gern ein Schreiben vorlesen. Das Schreiben ist auch veröffentlicht auf der Internetseite. Ich würde Ihnen das auch nochmal gesondert zukommen lassen. Das ist gestern eingegangen und ich habe folgendes Schreiben erhalten.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, (adressiert vom Kultusministerium) mit oben genanntem Schreiben beziehungsweise Fax hatte ich Sie gebeten, dem Kultusministerium spätestens bis 18.11.2013 eine belastbare Antwort auf mein dringliches Schreiben vom 08.11. zu senden, die die Landesregierung in die Lage versetzt, im Zuge der bereits begonnenen parlamentarischen Verhandlungen zum Haushalt 2014 Haushaltsanmeldungen im Förderbereich für vertragsgebundene Theater- und Orchesterförderung vorzunehmen und eine Grundlage für die Fortführung der Landesförderung für die TOO GmbH ab 2014 zu haben.

Wie mit oben genanntem Fax deutlich gemacht, war die am 13.11. von Frau Mettin an Herrn Dr. Engelmann gesandte email diesbezüglich nicht belastbar. Leider liegt mir bis dato kein Antwortschreiben vor, so dass es dem Kultusministerium nicht möglich ist, entsprechend zu verfahren. Ich bitte Sie deshalb nochmals dringend, dem Kultusministerium die notwendigen Unterlagen zuzustellen.“

Mit dem heutigen Tag ist folgendes Antwortschreiben an das Ministerium gegangen.

„Sehr geehrter Herr Professor Puhle, für die parlamentarischen Verhandlungen über den Landeshaushalt 2014 zur vertragsgebundenen Theater- und Orchesterförderung baten Sie mit Schreiben vom 18. November 2013 um weitere Unterlagen.

Die derzeit vorliegenden ersten Zwischenschritte hat Ihnen die Stadt Halle vollständig zur Verfügung gestellt und Nachfragen zur Situation der Theater, Oper und Orchester GmbH, kurz TOO, ausführlich beantwortet.

Als erste Zwischenergebnisse haben wir Ihnen das Strukturkonzept für die TOO mit Schreiben vom 27.09.2013 vorgelegt. Ergänzend haben wir zur Dimensionierung des Strukturanpassungsfonds den Finanzbedarf für die Umstrukturierungsmaßnahmen anhand des Statusberichtes der Rauschenbach & Kollegen GmbH vom 12. November 2013 substantiiert dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen, BMA, Heinrich Lork“

Meine Damen und Herren, wir haben ein sehr umfangreiches Paket vorgelegt dort und das waren auch die Gespräche, die wir hier im Hauptausschuss geführt haben. Mehr haben wir nicht vor, vorzulegen.

Das heißt, wir haben deutlich gemacht, dass wir uns anpassen wollen. Wir haben deutlich gemacht, dass die Strukturanpassungen bis 2018 mit 17,2 Mio. Euro versehen sein müssen, damit wir die TOO erfolgreich weiterführen. Und haben uns auf den Weg gemacht und deutlich signalisiert, dass wir dann von 532 Mitarbeitern auf 411 Mitarbeiter dann 2018 herunterkommen.

Das heißt, wir haben uns auf den Weg gemacht. Und das ist das, was wir hier im Hauptausschuss abgesprochen haben.

Meine Damen und Herren, das ist die Situation. Wenn Sie einverstanden sind und Herr Stiska Rederecht bekommt, dann würde er dieses aus seiner Sicht noch ergänzen. Ich möchte deutlich machen, dass diese Diskussion einvernehmlich mit dem Geschäftsführer geführt wurde.

Und wie Sie ja heute auch gelesen haben, hat sich die CDU/SPD-Koalition auch verständigt, die Beträge im Hinblick auf die Kürzungen aufrecht zu erhalten. Das heißt, dass dort keinerlei Veränderungen momentan signalisiert sind.

Ich möchte ganz gern mit Ihnen auch diskutieren, wie wir jetzt weiter verfahren. Ich habe von Ihnen kein weiteres Mandat, das möchte ich an der Stelle auch deutlich machen, denn wir hatten uns hier verständigt, entsprechend auch so zu verfahren, dass wir an diesen Beträgen auch festhalten.

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich Herrn Stiska das Wort geben.

Frau Ewert, SPD-Fraktion

Ich möchte einwenden, dass, wenn es sich um Aufsichtsratsinhalte handelt, das nicht hier zu behandeln ist. Wir tagen am Dienstag, wir haben verschiedene Sachen noch nicht besprochen und es ist gute Sitte, dass sich erst der Aufsichtsrat damit beschäftigt. Dafür haben wir die GmbH gegründet. Das machen Sie mit den anderen städtischen Beteiligungen auch. Also ich habe hier Herrn Lux noch nicht gehört im Vorgriff auf eine Aufsichtsratsitzung, dass der hier im Hauptausschuss berichtet hat.

Wir sind, der Aufsichtsrat ist dafür da, Entscheidungen zu treffen, sonst hätte man das ja im Stadtrat belassen können, wenn das nicht der Wille des Stadtrates gewesen wäre. Wir haben lange um dieses Verfahren gerungen und deshalb bin ich der Meinung, dass Information genügen sollte.

Nächste Woche ist ja auch, es gibt ja auch noch eine Stadtratssitzung, und dass sich zunächst am kommenden Dienstag der Aufsichtsrat beschäftigen sollte.

Das wäre meines Erachtens die Vorgehensweise, die Sie auch als Oberbürgermeister einhalten sollten und ich meine, auch müssten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Diese Auffassung teile ich nicht. Unter Mitteilungen ist es mir jederzeit möglich und das muss ich auch, Sie auf dem aktuellen Stand zu halten und von daher ist es hier keine Entscheidung, die zu treffen ist, sondern ich habe von den Bürgern ein Mandat, deshalb muss ich das deutlich machen.

Zunächst Herr Knöchel und dann sind Sie wieder dran, Frau Ewert. Bitteschön.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE

Wir sind der Auffassung, Herr Stiska sollte heute hierzu das Wort erhalten. Hier geht es nicht um eine interne Angelegenheit der TOO und wenn ... *unverständlich* ..., lassen Sie mich doch bitte zu Ende reden, lieber Herr Krause.

Und Frau Ewert, der Herr Lux hat hier tatsächlich noch nicht gesprochen. Ich will Ihnen vielleicht mal versuchen, den Unterschied zwischen TOO GmbH und Stadtwerken zu erklären versuchen: Die Stadtwerke bekommen keinen Zuschuss von der Stadt Halle und sind im Übrigen auch nicht von anderen Zuschussgebern, wie dem Land Sachsen-Anhalt, mit dem sich die Stadt in den Verhandlungen befindet, abhängig.

Die Entscheidungen, die hier zu treffen sind, fallen in der nächsten Woche und der Herr Oberbürgermeister hat gerade deutlich gemacht, dass es aus dem Stadtrat kein weiteres Verhandlungsmandat für ihn gibt. Das Land Sachsen-Anhalt hat ihm, so sein Vortrag eben, verdeutlicht, dass sie mit unserer Antwort unzufrieden sind bzw. das nicht als Grundlage für die Gespräche verwenden wollen, so dass es eventuell notwendig ist für die weiteren Gespräche, der zeitliche Horizont ist kein großer, hier nochmal eine Positionierung herbeizuführen.

Auf Grundlage dieses Gesamtzusammenhangs und auch des Umstandes, dass wesentliche Angelegenheiten der Gesellschaft auch beim Gesellschafter verhandelt werden sollten, würde ich Ihnen empfehlen, der Bitte des Oberbürgermeisters zu entsprechen.

Frau Ewert

Ich finde das nicht richtig. Es ist und bleibt eine GmbH, sonst hätte man das nicht gründen müssen. Der Zoo bekommt auch Zuschüsse, das haben wir auch nicht hier im Hauptausschuss behandelt.

Aus dem Orchester gibt es auch Stimmen, die diese Art und Weise nicht gut finden, dass also Dinge, die eigentlich demnächst in den Aufsichtsrat müssten, schon auf dem Markt gehandelt werden. Es geht ja auch immerhin um Personal, es geht um Personaleinsparungen, es sind viele Arbeitnehmer betroffen von Dingen, die wir in der GmbH eventuell besprechen müssen.

Sie wissen, dass das nicht einfach ist und ich finde diese Vorgehensweise unmöglich und wenn der Oberbürgermeister darüber abstimmen lässt, ob Herr Stiska Rederecht bekommt, dann kann ich Ihnen jetzt schon sagen, dass ich dagegen bin und dass ich es nicht in Ordnung finde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe mich als nächstes nochmal auf die Rednerliste gesetzt. Die Diskussion teile ich überhaupt nicht. Es ist dringend Zeit zu handeln.

Wir haben das hier im Hauptausschuss deutlich auch dargestellt und hier geht es darum, dass ich ein klares Votum bekomme, wie ich weiter verhandeln muss und soll. Und dieses ist hier auch zu besprechen. Das haben Sie ja auch so vereinbart.

Ansonsten habe ich kein Votum und werde auch keine Verhandlungen mit dem Land weiter führen. Das muss ich auch deutlich sagen. Denn Sie haben deutlich gesagt, wir warten den Landtagsbeschluss ab. Das ist hier so bestätigt worden. Und entweder Sie geben mir ein Mandat und das ist Ihre Pflicht. Sie haben mir ein Mandat zu geben, wie ich auch in der TOO aufzutreten habe.

Frau Ewert

Wieso, wir haben Dienstag Aufsichtsrat. Danach haben Sie jede Gelegenheit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe keine Gelegenheit mehr. Ich erwarte, dass Sie mir ein Votum geben und ich halte es für dringend erforderlich, dass wir dies auch öffentlich machen, denn es ist eine öffentliche Situation, die alle betrifft.

... Zwischenrufe ...

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir müssen über diesen Punkt diskutieren. Und hier geht es ja auch darum, eine Verfahrensweise abzustimmen.

Insgesamt ist diese ganze Angelegenheit, weil es ja auch um den Haushalt letztendlich geht, Gesellschafterangelegenheit und deshalb kann ich Ihre Argumentation, Frau Ewert, absolut nicht teilen.

Wir haben uns, wir haben das insgesamt als Rat sowieso viel zu lange stiefmütterlich behandelt und eben nicht im Rat diskutiert. Und es ist jetzt ein Fortschritt, dass wir es jetzt hier diskutieren und das sollten wir auch heute tun und ich bitte ausdrücklich darum, dass Herr Stiska auch das Wort erhält.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann zum Rederecht von Herrn Stiska, Herr Bönisch.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion

Dazu wollte ich eigentlich gar nicht sprechen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich wollte den Antrag stellen, ich habe den Antrag gestellt auf Rederecht von Herrn Stiska.

Herr Bönisch

Dann will ich also doch den Zusammenhang herstellen.

Es ist ja richtig, Sie haben kein Mandat, weil es keine Vorlagen gibt. Sie haben aber gar kein Mandat. Sie haben auch kein Mandat, dass zu tun, was Sie bisher getan haben, weil es keine Vorlagen gibt. Es gibt keine Entscheidung des Rates darüber. Wir haben zwar mal darüber geredet, aber es gibt keinerlei Entscheidung.

Und es wäre doch eigentlich, ich meine es ganz konstruktiv und wirklich jetzt nicht hier als persönliche Kritik, es wäre eigentlich dran, dass wir tatsächlich dazu mal eine Vorlage kriegen, über die wir dann auch abstimmen. Die dann wirklich die Substanz hat, wo Sie sagen können, das hat mir der Stadtrat jetzt auf den Weg gegeben.

Denn wir können hier viel erzählen und sagen und die in der Fraktion sagen dann, wie konntest du dem zustimmen. Wir haben doch gar keine ...*unverständlich* ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Mir geht es momentan um keine Entscheidung, sondern um eine weitere Verfahrensweise. Aber nehmen Sie es mir auch nicht übel, Herr Bönisch.

Herr Bönisch

Genau dazu. Also wenn Sie sagen, wenn Sie vom Mandat des Rates sprechen, bisher gibt es gar keinen Beschluss diesbezüglich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Aber vielleicht können Sie ja auch mal deutlich machen, wie Sie sich momentan in den Landtagsverhandlungen stellen.

Herr Bönisch

Das kann ich Ihnen sagen, ja.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

In welcher Position?

Herr Bönisch

Das habe ich schon mehrfach gesagt. Das habe ich öffentlich gemacht. Deswegen habe ich ...*unverständlich* ... Herr Dr. Wiegand, dass ich keine Mehrheit ... *unverständlich* ... heißt doch nicht, dass ich nichts gemacht hätte. Also, das müssen Sie jetzt nicht versuchen.

Ich frage doch nur, wenn Sie vom Mandat des Rates sprechen, dazu gehört ein Beschluss und nicht nur, wir haben mal darüber geredet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir haben die Dringlichkeitsvorlage hier gehabt und wir haben sie hier besprochen und da haben Sie mir den Auftrag erteilt, aus dieser Dringlichkeitsvorlage heraus, so zu verhandeln, wie wir bisher verhandelt haben.

Herr Bönisch, ich finde es nicht o.k. diese Sache zu drehen. Sie sind in der Verantwortung, Sie sitzen im Landtag und die Äußerung und die Position ...*unverständlich* ... aber dann kann ich nicht auf der einen Seite so argumentieren und dann sagen plötzlich, jetzt bringen sie mir eine Vorlage.

Sie wissen ganz genau, wir haben nur noch wenige Tage Zeit dieses Verfahren zu beeinflussen. Wenn Sie das nicht möchten, dann müssen Sie das natürlich auch deutlich machen. Ich möchte nur das Rederecht von Herrn Stiska.

Und wenn Sie mir sagen, Sie möchten nichts weiter dazu sagen, dann ist es doch o.k., dann warten wir die Aufsichtsratssitzung ab, aber dann habe ich doch auch ein Votum, Herr Bönisch. Ich bin doch damit einverstanden. Aber dann müssen Sie das auch deutlich machen. Meine Pflicht ist es, hier deutlich zu machen, dass die Situation so ist, damit Sie nachher nicht kommen und sagen, der Oberbürgermeister hat mich nicht informiert.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM

Ich bin ja nicht im Landtag, Herr Dr. Wiegand. Also da kann zumindest diese Retourform nicht gewählt werden.

Also ich verstehe die Bedenken die Frau Ewert hat, aber es geht hier nicht sozusagen, Frau Ewert, um Themen, die sage ich mal, interne Betriebsabläufe betreffen, um Entscheidungen. Sondern es geht um die Rahmensetzung. Und ich glaube, das ist wirklich eine Stadtratsangelegenheit, wie auch Herr Wehrich gesagt hat. Insofern ist es richtig, dass Sie uns hier eine Mitteilung machen, weil es eine dringliche Angelegenheit ist.

Ich kann auch nachvollziehen, dass jetzt Herr Geschäftsführer Stiska gehört werden will. Was meine Frage ist dazu und da beziehe ich mich auf Herrn Bönisch, wozu soll er denn gehört werden. Ich habe im Moment von Ihnen noch nicht verstanden, warum ich ihn hören, was ich von ihm erfahren kann, was ich jetzt nicht schon aus Ihrem Vortrag bzw. Vorlesen der Briefe, des Briefwechsels, erfahren habe, dass es eine dramatische Situation ist. Und da stimme ich absolut Herrn Bönisch zu.

Wir haben, dass was Sie jetzt sozusagen als Auftrag gehabt haben, ist die Verhinderung der Kürzungen seitens der Landesregierung. Das ist ein Beschluss des Rates, das zu unterstützen und dazu haben wir Sie per Votum sozusagen ausgestattet.

Wir haben natürlich nicht in irgendeiner Form hier einen Konsolidierungsvorschlag verabschiedet, den Sie jetzt diskutiert haben mit dem Land. Das ist sozusagen jetzt in der Zusammenarbeit zwischen BMA, zwischen Geschäftsführung TOO GmbH und Ihnen und Rauschenbach & Kollegen entstandenes Konvolut, was wir zwar zur Kenntnis bekommen haben, aber wo ja keinerlei Beschluss dahinter steht.

Das heißt, ich würde schon es für uns gemeinschaftlich, also auch für die TOO, aber eben auch für Sie und für uns als Rat, als notwendig erachten, dass Sie in Ihrer Verantwortung sagen, das ist mein Vorschlag und darüber können wir dann beschließen.

Wenn wir uns jetzt nur verständigen unter Mitteilungen, wie die zukünftige Verfahrensweise ist, ich weiß nicht, wie stark Sie daraus einen Auftrag definieren wollen.

Oder erwarten Sie jetzt, dass wir über Zahlen reden, über Personalziele. Das ist für mich noch nicht klar. Insofern finde ich einen Beschlussvorschlag, eine Beschlussvorlage, die wir von mir aus auch gerne mit herbei diskutieren, wenn wir wissen, dass es irgendwie Thema ist.

Aber ich wüsste jetzt nicht, wozu ich Herrn Stiska befragen soll. Also, was er da sozusagen an Informationen noch geben kann. Vielleicht können Sie das noch kurz sagen. Aber grundsätzlich bin ich interessiert daran, umfassend informiert zu sein unter Mitteilungen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Genau. Der Beschluss, den wir ja getroffen haben, war ja, wir warten den Landtagsbeschluss ab. Das sagte ich ja, das ist das Mandat. Diese Stelle haben wir momentan erreicht. Ich halte Sie auf dem Laufenden und von daher ist das mein Votum.

Herr Kley, bitte.

Herr Wolter

Entschuldigen Sie, da muss ich kurz erwidern. Es gibt keinen Beschluss dazu. Es gab auf Grund der Dringlichkeitsvorlage, gab es eine Verständigung dazu. Der Beschluss, wenn Sie den lesen, ist, dass Sie beauftragt sind, die Kürzungen, die geplanten Kürzungen, zu verhindern. Das ist der Auftrag, den wir im Beschluss gefasst haben, im April, Mai diesen Jahres.

Herr Kley, FDP-Fraktion

Ich habe jetzt den Beschluss nicht vorliegen. Sie ihn offensichtlich auch nicht, sonst könnten Sie ihn uns vorlesen.

Ich habe nichts dagegen, Herrn Stiska zu hören. Aber eine Mitteilung heißt, es erzählt jemand was und dann ist gut. Also es wird nicht dazu kommen, dass hier irgendjemand irgendwelche Themen diskutiert. Ich würde gerne einen Beschluss fassen, wie es weitergehen soll mit der TOO, aufgrund einer seriösen Vorlage. Die liegt mir nicht vor.

Das heißt, Sie können jetzt wirklich nur Herrn Stiska erzählen lassen und dann ist gut.

Und auch wenn alle schweigen, können Sie nicht dann verkünden, wir hätten dem zugestimmt.

Weil, ich habe so ein bisschen das Gefühl, es wird jetzt versucht, hier überfallartig den Rat in irgendeine Position zu drängen. Da sollte man schon, da bin ich mir sicher, nicht über irgendwelche Informationen, sei es im Internet oder was auch immer, dann sagen, jetzt müsst ihr entscheiden.

Wir warten eine ordentliche Vorlage ab. Wir kennen ja die Papiere alle, die erarbeitet worden.

Da möchte ich auch Herrn Stiska nochmal danken, dass er sich da doch sehr engagiert hat und wir hoffen, dass jetzt aus der Entscheidung des Landtages heraus hier eine neue Variante entwickelt wird, die wir dann sicherlich Anfang nächsten Jahres ernsthaft diskutieren können.

Jetzt seine Mitteilung hören wir uns an, gerne.

Frau Ewert

Ich wollte nochmal erläutern, dass einfach auch für Sie das eine Stärkung ist, wenn Sie sämtliche Dinge erst mit Ihrem Aufsichtsrat besprechen.

Das ist eine Vorgehensweise, die unmöglich ist, dass man alles aus dem Netz runterladen kann, bis dahingehend, welche Kritik von Rauschenbach an Stiska erfolgt. Das ist keine Arbeitsweise, Herr Dr. Wiegand, und dass man da Befindlichkeiten entwickelt,

Mir geht es nicht darum, Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat nicht in den gleichen Kenntnisstand zu versetzen. Der Aufsichtsrat hat kein Herrschaftswissen in dieser Frage, aber diese Vorgehensweise ist unmöglich und wenn es so dringend ist, dann würden Sie ja auch die Aufsichtsratsmitglieder kurzfristig zusammenrufen können, dazu genügt ein Rundruf. Und ich glaube, dem wird sich keiner verweigern, wenn Sie diese Vorgehensweise beachten würden.

Wenn es wirklich so sehr brennt und Sie das dann anschließend mit dem, was der Aufsichtsrat beschlossen hat, im nicht öffentlichen Teil mit dem Rat bereden, dann wäre das doch in Ordnung. Aber Sie wollen alles auf dem Markt austragen, die Welt überrollen. Das ist keine gute Arbeitsweise.

Wir würden gern mit Ihnen vernünftig und konstruktiv zusammenarbeiten, aber da muss auch von Ihnen ein Signal kommen. Und das sind keine Signale.

Es ist doch nicht der Hauptausschuss dem Aufsichtsrat vorzuschalten. Es geht doch nicht darum, jetzt einen Brief vorzulesen, das haben Sie ja getan, das ist auch in Ordnung, als Information. Aber es geht doch dann hier in der Diskussion los, die zunächst mal doch geführt werden muss.

Und wie gesagt, das machen wir aus keinem Aufsichtsrat sonst, aus keiner GmbH.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe Ihnen das schon mal deutlich gemacht. Ich bin weisungsabhängig vom Stadtrat und ich informiere die Voraussetzungen, die gegeben sind. Und die sind dramatisch, Frau Ewert. Und deshalb informiere ich den Hauptausschuss und das wird auch immer so bleiben.

Und genauso in der Darstellung, ob Ihnen das so passt ...*unverständlich* ... Sie können da gerne eine andere Meinung haben ohne ähnliches, akzeptiere ich alles. Aber ich werde die Dinge, die hier vom Stadtrat in den Aufsichtsrat hinein kommen, auf Grund meiner Position, dazu habe ich mich auch verpflichtet, diese Dinge hier im Stadtrat zu erörtern.

Und wenn sie so wichtig sind, dass sie den Haushalt der Stadt beeinflussen könnten, dann werde ich das mit Ihnen diskutieren, ich werde Sie darüber informieren.

... *Zwischenrufe* ...

Herr Bartl,

Die Dinge sind dramatisch, sie spitzen sich zu. Also meine Meinung ist, dass wir einen anderen Tagesordnungspunkt nehmen und den wirklich als Mitteilung, ich spreche da von einer Einbahnstraße Herrn Stiska zu hören.

Wir können durchaus dann mit hineinnehmen nächsten Dienstag die Aufsichtsratssitzung und dann sind die Dinge immer noch dramatisch und dann kann durchaus eine Reaktion aus dem Aufsichtsrat zum Stadtrat als Dringlichkeitsvorlage kommen.
Also ich denke ...

... *Zwischenrufe* ...

ich denke, wenn dann in der Diskussion aus dem Aufsichtsrat nächsten Dienstag nochmal entscheidende Dinge losgebrochen werden, dass wir dann am Mittwoch dann nochmal alles an uns ziehen können. Das ist meine Meinung, also dass Herr Stiska gehört werden kann, ohne dass wir heute hier alles ausdiskutieren, halte ich für möglich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann die Mitteilung von Herrn Stiska.

Wer für das Rederecht von Herrn Stiska ist, bitte ich um das Handzeichen.

Zwei Gegenstimmen.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Es reicht wenn einer dagegen ist, dann gibt es das Rederecht nicht, so kenne ich die Geschäftsordnung. Seit wann stellen wir da jetzt einen Antrag.

... *Zwischenrufe* ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Paragraph 8 Absatz 6 Herr Krause, macht es deutlich, einfache Mehrheit entscheidet. Dann ist das Rederecht auch erteilt.

Herr Stiska, ich bitte Sie um Ergänzungen zu dem, was ich eben gesagt habe, aus Ihrer Sicht. Und wir behalten das als Information, so wie wir es eben besprochen haben. Wir diskutieren nicht weiter drüber, so dass wir insgesamt dann die Information dann vollständig haben.

Herr Stiska, Geschäftsführer Theater, Oper und Orchester GmbH

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Ich würde bestätigen, was der Oberbürgermeister gesagt hat, dass wir eine doch enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt haben zwischen Stadt, also dem Beauftragten, Herrn Rauschenbach, und der Geschäftsführung in diesen Fragen in den letzten Wochen.

Das fußt ja auch auf einem Beschluss des Aufsichtsrates, der bestätigt hat, dass wir hier in der Arbeit der Geschäftsführung der GmbH Sachverständige hinzuziehen, so dass wir einen Mitarbeiter der Firma Rauschenbach verpflichtet haben und auf der anderen Seite auch ein Anwaltsbüro in Dresden verpflichtet haben zu den speziellen Fragen des Arbeitsrechtes der Bühnen, damit da auch eine weitgehend objektive Darstellung erfolgen kann zur Problematik.

Wir haben in den letzten Wochen viele Berechnungen angestellt. Es war der Wunsch des Ministeriums, genauere Zahlen zum Strukturkonzept und zur Umsetzung desselben zu erhalten. Zuletzt ging es vor allen Dingen um die Höhe dieses ominösen Struktur-anpassungsfonds des Landes. Wobei das Land davon ausgeht, dass dieser Struktur-anpassungsfond ausschließlich für Abfindungen eingesetzt werden soll.

Es gibt also ein Strukturkonzept von mir, was davon ausgeht, von dem Auftrag, die Sparten sämtlich zu erhalten in Zukunft und ich komme da auf eine Gesamtzahl von 419 Mitarbeitern für die Zukunft. Wir haben im Moment 532.

Wenn man also von den tarifrechtlichen Möglichkeiten der Umsetzung ausgeht, also spricht von den Kündigungsmöglichkeiten, so haben wir die Situation, dass wir für die Musiker einen Haustarifvertrag haben, der bis Sommer 2017 läuft und dann können wir kündigen. Das ist mit den Zeiten sehr kompliziert. Die Kündigungen werden dann wirksam 2018 bzw. erst 2019, weil uns dort ein Tag in den Fristen fehlt. Das ist das Eine.

Die übrigen Beschäftigten, für die übrigen Beschäftigten läuft der Haustarifvertrag aus im Sommer 2014. Dort können wir dann kündigen mit einer Wirksamkeit zum Sommer 2015.

Das ist die Situation, Und wir haben also ausgerechnet und dem Ministerium übermittelt, welche Kosten sich daraus ergeben. Das sind die auch vom Oberbürgermeister nochmal genannten Zahlen, wobei es in der Öffentlichkeit auch Diskussionen schon gegeben hat. Da steht also, 66 sonstige Beschäftigte wollen wir kündigen. Das kostet etwa 2 Millionen Euro und wir kündigen dann also 33 Musiker und das kostet insgesamt die restliche Summe. So sind einfach die Tarifverträge.

Die sind, was Musiker betrifft, gigantisch die Abfindungsregelungen. Dort zahle ich also im ersten Jahr 50 % der Vergütung, im zweiten bis vierten Jahr 78 % der Vergütung und danach zahle ich an alle, die zum Kündigungszeitpunkt, zur Wirksamkeit der Kündigung schon 53 Jahre alt sind, zahle ich dann bis zum Eintritt des Rentenalters. Daraus ergeben sich diese hohen Summen.

Während ja bei anderen Mitarbeitern, kommt vielleicht bestenfalls eine Jahresvergütung raus, bei künstlerischen Verträgen, die auslaufen, viel weniger oder gar nichts. Das ist einfach die Situation.

Die Hauptproblematik, die sich ergibt ist natürlich, dass zunächst einmal dort wo die Haustarifverträge aussetzen der Flächentarifvertrag gilt, die Sache teurer wird nochmal.

Und wir kommen auf jeden Fall in eine Situation für 2014/2015, da haben wir die Kürzung der Landesmittel. Wenn das so bleibt, wie angedroht und es verdichtet sich ja, dass man das so beschließen will in dieser Höhe, hätten wir eine Kürzung von knapp 3 Mio. Euro. Dadurch hätten wir die Rückkehr zum Flächentarif für die Mitarbeiter, außer den Musikern. Das sind etwa 2 Mio. Euro.

Wir haben jetzt schon ein Negativergebnis. Wir haben weitere Tarifaufwüchse, das macht auch noch mal so 1,5 Mio. Euro aus. So dass wir auf einen Verlust kommen würden in jedem Falle von deutlich über 5 Mio. Euro im Jahr 2014/2015.

Nun haben wir die Situation, also wenn das Land kürzt, die Stadt darf, das ist ja auch die Auskunft der Kommunalaufsicht in Richtung des beschlossenen Wirtschaftsplanes 2013/2014, die Stadt darf nicht erhöhen. Und damit würden wir in jedem Fall in eine Zahlungsunfähigkeit irgendwann im Geschäftsjahr 2014/2015 hineinschlittern.

Und es wird ja mit den Schreiben, die an das Ministerium gegangen sind, versucht deutlich zu machen, dass das Land sozusagen, es ist ja immer wieder auch erklärt einschließlich Ministerpräsident, nein Insolvenz wollen wir nicht, dass die Kürzung des Landes aber nahezu automatisch in diese Zahlungsunfähigkeit hinein führt.

Und wir sind jetzt auch dabei, nochmal genau durchzurechnen und diese Zahlen werden auch noch in dieser Woche vorliegen, was bedeutet es eigentlich für die Stadt.

Also wir haben 532 Beschäftigte, 450 Beschäftigte würden im Insolvenzfall ihr Rückkehrrecht nutzen, das kann man unterstellen, darunter alle Musiker.

Die Leute, die im Insolvenzfall nicht an die Stadt zurückgehen sind die, die die Gesellschaft sozusagen künstlerisch stark beeinflussen. Die könnte man zwar relativ schnell abbauen dann, dann würden sie also fehlen.

Wir haben hier die Situation, dass wir dann nahezu kein Ballett mehr hätten und keine jüngeren Sänger und Schauspieler. Hier entsteht also eine künstlerische Situation.

Auf der anderen Seite würde im Insolvenzfall die Sache für die Stadt erst mal teurer, weil die Haustarifverträge wegfallen. Auch beim Orchester nach unserer Rechtsauffassung.

Und wir haben hier die Situation, dass wir zwei Haustarifverträge haben. Wir reden immer über einen. Es gibt diesen aktuell, sage ich mal, 2009 abgeschlossenen, wo wir eine Senkung bewirkt haben, die etwa bei knapp 10 % liegt, momentan.

Wir haben aber einen zweiten Haustarifvertrag, eben aus 2004, wo der Fusionsbeschluss gefasst worden ist und aus der Zusammenführung von Hundert und Hundert Musikern ist dann schließlich dieses Orchester entstanden von über 130 Beschäftigten und ab 130 Musikern hat man nicht nur die Tarifgruppe A, sondern die sogenannte Fußnote 1 zur Tarifgruppe A und die macht es nochmal teurer. Damals ist durch diesen Haustarifvertrag von 2004, also verzichtet worden, also Verzicht geleistet worden auf die Fußnote. Das würde alles wieder sich öffnen und im Rückkehrfall die Stadt belasten.

Um das Ganze spielfähig zu halten, müssten wir dann die Leute, die wir entlassen können, praktisch neu verpflichten um das Ganze. Das heißt, wir hätten einen Kostenaufwuchs. Und haben dann, um den Abbau vorzunehmen, natürlich die ganzen Kündigungsverfahren wieder mit den Kosten, die schon benannt worden sind.

Es ist also eine außerordentlich dramatische Situation. Es gibt von mir auch Variantenberechnungen. Also wenn wir dieses Kündigungsverfahren in Gang setzen wollen, wofür das Land offensichtlich Strukturmittel bereitstellen würde, sage ich mal im Konjunktiv, dann setzt das eben nicht außer Kraft diese schwierige Situation.

Wir hätten trotzdem Negativergebnisse über die ganzen Jahre bis 2018/2019. Wir hätten in dem Zeitraum von 2014 bis 2019 eine Verlustsituation von nahezu 23 Mio. Euro, außer den Abfindungsbeträgen.

Ich habe da mal Varianten gerechnet, wie das aussieht, wenn man die Haustarifverträge fortsetzen würde. Und das ist billiger. Nicht nur entfallen die Abfindungen, sondern statt der 23 Mio. Euro, die wir im Kündigungsfall haben, hätten wir etwa 20 Mio. Euro bei Fortführung der Haustarifverträge. Also eine deutlich günstigere Situation.

Und wenn wir in Richtung einer weiteren Verschärfung der Musikerhaustarife recht schnell kämen, könnte man das noch günstiger gestalten.

Das sind also die Handlungsspielräume, die wir haben und über die wir nachdenken.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Unter der Voraussetzung, dass die Arbeitnehmerseite mitmacht.

Herr Stiska

Natürlich muss man, werden die nicht Hurra schreien, die Musiker eh nicht.

Wir haben ja hier eine komplizierte Situation auch durch die Erklärung des Ministers vor dem Landtag. Diese unglückliche Erklärung, wo er praktisch die Staatskapelle oder die Musiker an den Pranger stellt, dass sie so teuer sind. Das ist schon sehr schwierig mit diesen Zahlen, die uns auch die Probleme schafft natürlich innerhalb des Betriebes und auch in der Öffentlichkeit.

Der Minister hat sozusagen Zahlen verwendet, die er aus dem Plan 2013/2014 hat und diese Gesamtkosten für die Staatskapelle geteilt durch 121 Musiker.

Das stimmt erst mal nicht, weil es nicht der gegenwärtigen Situation entspricht.

Wir hatten im vergangenen Jahr eine Situation, dass, pro Musiker auf 137 gerechnet, das sind ja 137 Leute, tatsächlich die Durchschnittskosten eben nicht bei 80.000 Euro lagen, sondern bei 66.000 Euro.

Und das ist die tarifliche Situation unter Betrachtung, dass die Musiker verzichten auf etwa 10 % im laufenden, auf die Fußnote A, die auch 6 % betrifft, also schon 16 %, wenn man das nimmt, gegenüber dem gültigen Tarif.

Und dass die Musiker seit 2011 keine Tarifierhöhung gekriegt haben, das kommt jetzt. Aber sie kriegen auch nicht die volle Nachzahlung, also das haben sie nicht bekommen. So dass die tatsächliche Verzichtleistung gegenüber den Tarifverträgen bei über 20 % gelegen hat.

Und es ist einfach ungerecht, dafür den Musiker zu beschimpfen, die natürlich, ich meine das in dem Sinne, das erschwert die Verhandlungsposition wieder, wenn wir neue Forderungen stellen.

Und die öffentliche Diskussion über die Summen sagt natürlich, guckt mal. Auch im Hause ist es so, dass sie sagen, oh Gott, die verdienen Unsummen.

Natürlich sind das die bestbezahlten Mitarbeiter an den Bühnen, aber so extrem, wie sich das darstellt, wenn man 80.000 durch zwölf teilt, ist es nicht. Zumal die Summen immer die Arbeitgeberanteile, die etwa 24 % ausmachen bei den Musikern, mit drin liegen.

Aber trotzdem muss man in die Verhandlungen gehen und wir sind ja auch mit den Tarifpartnern, es ist schwierig einen Termin zu finden. Wir werden auf jeden Fall vor Weihnachten noch ein Sondierungsgespräch machen in Richtung Haustarifverträge, wie sich die Tarifpartner überhaupt dazu verhalten und man muss natürlich die Alternativen aufzeigen, was bringt eine Insolvenz dem Musiker, der dann eben noch nicht 53 Jahre alt ist zum Kündigungszeitpunkt und der dann auf der Straße liegt.

Und bei allen Abfindungen, die so schön hoch sind nach vier Jahren ist er dann eben raus aus dem Geschäft und man hat in dem Beruf keine Chancen, wieder reinzukommen. Man wird, wenn man erst mal 30 oder 40 ist, nirgendwo mehr eingeladen zum Vorspielen oder engagiert. Dann ist das schon eine bittere Situation, wenn man dann noch ein Ehepaar ist, ist das noch bitterer.

Also insofern haben wir schon Verhandlungspositionen, wo wir sagen können, wollt ihr das oder wollt ihr jenes. Die sind dann schon in sich auch gespalten und es gibt eine nach Alter unterschiedliche Situation.

Aber da müssen wir unsere Spielräume als Arbeitgeber auch ausnutzen, soweit wir das irgendwo können. Und ich denke, wir müssten einfach auch die Variante mit dem Land suchen, die die günstigste ist und die günstigste ist eben nicht, dass man Strukturanpassungsfond macht und nur Abfindungen zahlt, sondern indem man einen Prozess, und wir sind uns ja einig, dass wir diesen Prozess wollen, dass wir runter wollen auf eine andere Struktur, dass man den möglichst vernünftig im Interesse, natürlich der Träger auch unter Berücksichtigung der sozialen Interessen der Arbeitnehmer, vernünftig durchführt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank.

Ich möchte nochmal deutlich machen. Wir ziehen da alle an einem Strang. Herr Stiska hat es eben auch gesagt, das ist eine Zusammenarbeit, die ein ganz klares Zielfoto auch gesetzt hat für 2018. Darauf kann man hin arbeiten.

Aber eins ist eben auch klar, wir können die Kürzungen, die das Land vorgesehen hat, momentan nicht tragen, ohne die Folgen, die Herr Stiska eben genannt hat, dann auch zu bekommen.

Und da sind wir uns alle einig, dass wir uns dafür bis zum Beschluss des Landtages auch dafür einsetzen. Und das habe ich auch dem Minister diesbezüglich signalisiert und von daher haben wir ein klares Konzept aufgezeigt, wie der Weg der TOO bis 2018 aussieht. Und das ist ein, wie soll ich sagen Herr Stiska, eine geschlossene Linie bei uns, bei denen die dieses Konzept auch so mit vorgetragen haben. Auch in der Position des Aufsichtsrates.

Und insoweit bitte ich Sie um Unterstützung, auch in den nächsten Tagen noch, auch als Landtagsabgeordnete, wenn ich das so sagen darf, hier uns auch so zu begleiten. Wir können momentan diese Kürzungen, die hier vorgesehen sind, uns nicht erlauben. Das zur Information zu dem Punkt.

Dann gehe ich zur nächsten Information.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Hochwasserschutz Gimritzer Damm

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe ein Schreiben des Landesverwaltungsamtes bekommen. Das möchte ich Ihnen ganz gern vortragen.

„Das Verwaltungsgericht Halle hat im einstweiligen Rechtschutzverfahren über die Frage zu entscheiden, ob der verfügte Baustopp des Landesverwaltungsamtes vom 23.07.2013 rechtmäßig war. Das Ergebnis des Eilverfahrens ist Ihnen bekannt. Aus dem Beschluss lässt sich nicht die Erkenntnis ziehen, dass das Landesverwaltungsamt verpflichtet sei, die Errichtung des Gimritzer Dammes unverzüglich vorzunehmen. Selbst bei näherer Betrachtung der Gründe des Beschlusses sind derartige Rückschlüsse nicht haltbar.“

„Wie mir der Landesbetrieb des Hochwasserschutzes mitteilte“, so weiter das Schreiben des Präsidenten, „arbeiten die mit dem Projekt beauftragten Mitarbeiter mit Hochdruck an den Antragsunterlagen. Nach meinem Kenntnisstand stehen die Mitarbeiter der Stadt Halle mit dem LHW in regem Informationsaustausch, so dass davon auszugehen ist, dass der Antrag“, also der Antrag LHW zum Landesverwaltungsamt, „zügig beim Landesverwaltungsamt gestellt wird.“

Meine Damen und Herren, dieses entspricht nicht den Informationen und dem Kenntnisstand, den ich habe. Aus der Verwaltungsgerichtsverhandlung ist deutlich hervorgegangen, dass der Richter dem Landesverwaltungsamt deutlich gesagt hat, es ist unverzüglich mit den Planungen zu beginnen und auch für den Gimritzer Damm zu erstellen.

Wir sind in den letzten Monaten sehr eng mit dem Landesverwaltungsamt und vor allem auch mit dem Landesbetrieb in Diskussion. Dieser Kenntnisstand, dass zwei Landesbehörden, dass der Landesbetrieb noch nicht einmal den Antrag beim Landesverwaltungsamt gestellt hat, das ist so nicht nachvollziehbar.

Herr Heise begleitet diesen gesamten Betrieb des Gimritzer Dammes und ich würde ihn ganz gern nochmal um Ergänzung bitten.

Herr Heise, Abteilungsleiter Straßenunterhaltung

Ich möchte nochmal den Sachstand jetzt vortragen, der zurzeit zum heutigen Tag vorliegt.

Mit dem Übergang der Planung von der Stadt an das Landesamt für Hochwasserschutz wurde der Oberbürgermeister gebeten, jemanden zur Verbindung zwischen Stadt und dem LHW zu bestimmen. Daraus ist meine Aufgabe entstanden, die ich versuche, so wahrzunehmen, dass ich diese Dinge, die von der Stadt zu beeinflussen sind, befördere.

Dazu zählt unter anderem die Leitungsumverlegung im Bereich der Halle-Saale-Schleife, wo auch diese Trasse für die Hochwasserschutzanlage entstehen soll. In diesem Bereich ist es zurzeit soweit vorangegangen, dass wir morgen nochmal eine Beratung mit den Versorgungsträgern haben, die dort Leitungen in dem Trassenbereich der Hochwasserschutzanlage vorliegen haben.

Ich würde sie nochmal nennen. Das ist die HWS mit entsprechenden Entwässerungsleitungen, die Deutsche Telekom, die HL komm, S & K ist noch dort mit vertreten und wir selbst als Stadt im Bereich des Festplatzes mit einer Trafostation, die aber zum derzeitigen Stand erhalten bleiben wird.

Die Linienführung der Hochwasserschutzanlage begleitet die Halle-Saale-Schleife und in manchen Bereichen muss, von der Zufahrt zum Gut Gimritz bis zur Anbindung an den Weinbergweg, ist die Halle-Saale-Schleife wieder neu zu erstellen und wird dort als Teichverteidigungsweg wiederhergestellt werden, so dass die Halle-Saale-Schleife in einer Breite von sechs Metern, also abgewandt von der Wasserseite, dann wieder auch der Erschließung des Gut Gimritz zur Verfügung steht und auch des Festplatzes, alles was dann dort an Dingen zu erschließen ist.

Die Leitungsumverlegung wird passieren im westlichen Bereich zum Gimritzer Damm entlang der, wenn man es jetzt beschreiben will, der Straßenbahnlinie, westlich von der Straßenbahnlinie in diesem Fuß-, Radweg und in diesem Bereich der Zufahrtsmöglichkeit zur Brunnengalerie.

Diese Dinge sind weitestgehend abgeklärt. Wie gesagt, wir werden morgen zwischen zehn und fünfzehn Uhr dort nochmal mit den Einzelnen von den Versorgungsträgern zusammensitzen und auch die entsprechende finanzielle Seite abklären, so dass dann mit dem Planverfahren in der 47./48. KW Plangenehmigungsverfahren begonnen werden soll.

Dazu wird eine Internetseite zur Information für die betroffenen Bürger, also auch für alle Hallenser dann, nicht nur für Neustadt, dann geschaltet werden, wo man entsprechende Bilder sehen kann, wie die Hochwasserschutzanlage sich dann gestaltet.

Und da ist dann auch die Möglichkeit, dann entsprechend dort sich dahin zu wenden, zum LHW und entsprechende Einwürfe zu machen beziehungsweise dann Stellung dazu zu beziehen. Da sind noch viele Planungsschritte dazwischen.

Es gibt drei Varianten.

Da ist die ursprüngliche Teichlösung, so wie wir sie als Stadt vorhatten, mit einer Dammschüttung.

Die zweite Variante ist die Kombination zwischen Teich und einer Hochwasserschutzwand, in der diese Trafostation im Bereich des Festplatzes nicht berührt wird.

Nur alleine mal als Vorstellung, was da für Kosten auflaufen. Nur die Umlegung der Trafostation würde 100.000 Euro kosten, nach den angemeldeten Kosten vom ZGM, die diese Station verwaltet.

...Zwischenrufe ...

Nein, die Trafostation ist auf der wasserabgewandten Seite. Und dazwischen, zwischen der Trafostation und der Wand liegt dann der Teichverteidigungsweg bzw. die Halle-Saale-Schleife.

Und die dritte Variante ist die Kombination Teich und Hochwasserschutzwand mit Abbruch der Trafostation.

Vorzugsvariante ist, die dann auch vorgestellt werden wird, ist die Variante zwei ohne diesen Abriss der Trafostation.

Zu dieser Lösung, die jetzt hier vorgelegt worden ist, ist man gekommen aufgrund von Baugrunduntersuchungen, die gerade im Bereich des Sandanger und weiterführend in Richtung Norden einen sehr schlechten Baugrund in einer Mächtigkeit von bis zu zwischen drei und vier Metern ergeben hat, so dass da, entweder es müsste ein großer Aufwand an Erdaushub und Abtransport von diesen Massen stattfinden oder man entscheidet sich zu dieser Lösung, die jetzt hier als Vorzugsvariante vorgestellt wird.

Ich habe auf diese Lösung dieser Varianten keinen wesentlichen Einfluss, weil, das sind technische Parameter, die man dort vorgestellt hat und die auch mit entsprechenden Modellen und Berechnungen nachvollziehbar erst mal hergestellt werden müssen, damit es haltbar wird.

Man kann natürlich auch dann, wenn ich die etwas teurere Variante wählen würde, dann diese Lösung, die mal für uns als Stadt die richtige war, diese Dammschüttung zwischen dem Bereich Sandanger und dem nördlichen Bereich im Übergang zum Weinbergweg, wählen. Das würde bedeuten, dass dann natürlich wesentlich mehr Geld in die Hand genommen werden muss.

Die Entscheidung wird sich aus dem Plangenehmigungsverfahren ergeben, welche Variante zum Ende dann zum tragen kommen wird.

Es gibt auch im Rahmen der Planung der Wand ein Landschaftsplanungsauftrag an ein Planungsbüro, ohne dass ich das jetzt nennen möchte, um die Gestaltung der Lärmschutzwand entsprechend nach den Dimensionen des LHW so herzustellen, dass da eine Verträglichkeit mit der Umwelt dann auch stattfindet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zur Bürgerversammlung Justizvollzugsanstalt

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann würde ich ganz gerne noch informieren über die Pressemeldung des Justizministeriums.

Es findet eine Informationsveranstaltung statt, am Dienstag, dem 26.11., um 19 Uhr, in der Aula der Grundschule Hans-Christian-Andersen, Seebener Straße 79 im Hinblick auf die Pläne für den Justizvollzug. Die zuständige Justizministerin hat eingeladen. Der Staatssekretär ist da, der Leiter der Vollzugsanstalt, der Oberbürgermeister und der zuständige Beigeordnete, Herr Stäglin, so dass dort eine Informationsveranstaltung stattfindet.

Dieses als Information.

Mitteilung Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand zum Pauluspark

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann eine Information zum Pauluspark noch. Die Beschwerde der Stadt ist pünktlich rausgegangen, so dass wir dann in den nächsten Wochen mit der Entscheidung des OVG zum Beschwerdeverfahren Pauluspark rechnen.

Soweit meine Informationen. Kollegen, keine weiteren Informationen.

Herr Krause, SPD-Fraktion

Ich möchte um ein Wortprotokoll zum Tagesordnungspunkt Mitteilungen bitten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE

Nochmal eine Frage auf Ihre Mitteilung oder die Erklärung von Herrn Stiska.

Sie sprachen ja vorhin davon, dass, und wahrscheinlich nicht zu Unrecht, dass da Unterlagen an das Ministerium ergangen seien und dass das Ministerium dazu keine Rückfragen gestellt hat.

Hat man denn generell jetzt im Zuge dieser ganzen Geschichte jemals mit dem Ministerium oder mit Mitarbeitern des Ministeriums zum Sachverhalt selbst sprechen können und wenn ja, zu welchem Stand war das jetzt? War es im September, war es im Oktober? War es jetzt nach dem was Herr Stiska sozusagen als letzte Ausarbeitung, die Herr Rauschenbach hier zugearbeitet hat? Das würde mich schon mal interessieren. Weil, der Brief ist ja wirklich sehr sonderbar, der da vom Ministerium abgesandt wurde.

Aber gut, das macht ja doch die Presseerklärung oder die Pressemitteilung, die wir heute lesen konnten, den Hintergrund deutlich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also wir waren mindestens viermal im Ministerium, zweimal war ich persönlich mit, habe die Verhandlungen dort auch mitgeführt. Es gibt ständig einen regen Austausch im Hinblick darauf, darüber hinaus Telefonkontakte, es ist eine enge Abstimmung erfolgt, so dass uns dieses auch überrascht. Wir wollten aber dieses Fax, was jetzt ganz plötzlich am gestrigen Tag gekommen ist, nicht unbeantwortet lassen und deshalb sind sie jetzt auf dem aktuellen Stand.

Herr Dr. Meerheim

Aber die haben das Schreiben, was sie veröffentlicht haben im Internet, das haben die tatsächlich zugestellt bekommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ja. Die haben die kompletten Unterlagen, das was Herr Stiska dargestellt hat, die gesamte Zielstruktur, wie man dahin kommt, es ist alles dargestellt worden.

Sind wir bei Anfragen schon oder noch bei Mitteilungen?

Herr Dr. Meerheim

Darf ich noch eine zweite Frage stellen. Jetzt nicht zur Kultur, sondern zu dem, was der Herr Heise ...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wollen wir das bei den Anfragen machen?

Herr Dr. Meerheim

Ich dachte wir sind bei Anfragen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Nein, noch nicht ganz. Wir waren noch bei den Mitteilungen.

Wenn sie alle keine Mitteilungen mehr haben, dann gehe ich selbstverständlich sofort zu den Anfragen.

Ende des Wortprotokolls

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE, zur Internetseite Hochwasser

Bezugnehmend auf die Mitteilung von Herrn Heise, dass im Internet eine Seite freigeschaltet werden soll, mit Bildern von den Umlegungsarbeiten der Alttrasse sowie der Neutrasse, fragte **Herr Dr. Meerheim** an, was damit bewirkt werden soll.

Herr Heise führte dazu aus, dass man beabsichtige, die Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, wie die Trasse aussehen soll, so dass die Öffentlichkeit darauf einwirken könne.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass es sich hierbei um eine Seite des Landesbetriebes handeln wird.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur TOO GmbH

In Bezug auf die Ausführungen von Herrn Stiska zur TOO regte **Herr Wehrich** an, dass der Stadtrat am nächsten Mittwoch eine Resolution verabschiede, um nochmal auf die Konsequenzen aufmerksam zu machen, die die Kürzungen nach sich ziehen würden.

Parallel dazu halte er es für sinnvoll, dass die Verwaltung im Dezember beziehungsweise Januar eine Vorlage dahingehend vorstelle, wie die Stadt mit der Situation umgehen wird.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Gimritzer Damm

Herr Wehrich bedankte sich für die ausführlichen Informationen zum Gimritzer Damm und fragte, ob die Entscheidung zur Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens gefallen sei.

Dazu teilte **Herr Heise, Abteilungsleiter Straßenunterhaltung**, mit, dass jetzt mit einem Plangenehmigungsverfahren begonnen werde und das weitere Verfahren noch nicht abgestimmt sei.

Zum gleichen Thema fragte **Herr Wehrich**, ob die vom Land angestellten Untersuchungen zu hydraulischen Berechnungen schon vorliegen würden.

Herr Heise stellte fest, dass die Berechnungen durch ein vom LHW beauftragtes Planungsbüro erstellt wurde und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass er den Sachstand mit weiteren ausführlichen Darstellungen in schriftlicher Form der Protokollführung übergeben habe und dies der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum MMZ

Auf das letzte Protokoll der Hauptausschusssitzung Bezug nehmend fragte **Herr Wehrich**, wann die Vorlage zum MMZ vorgestellt werde und mehrere Hauptausschussmitglieder verwiesen auf die Information, dass dies im Dezember erfolgen soll.

Auf die Anfrage von **Herrn Bönisch**, ob es notwendig wäre, den Beschluss vor Januar herbeizuführen, informierte **Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft**, dass in Absprache mit dem Geschäftsführer eine Beschlussfassung im Januar ausreichend sei.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Pauluspark

Herr Wehrich verwies auf die Information in der Fraktionsvorsitzendenrunde, dass die Stadt bzw. die HGWS darüber nachdenke, das Bauvorhaben bezüglich der Höhe entsprechend zu verändern und er fragte, ob es schon neue Erkenntnisse gäbe.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass es derzeit noch keine Änderungen der Planungen gäbe und Herr Oberbürgermeister schon mitgeteilt habe, dass die Stadt in entsprechende Beschwerde gegangen sei.

Im Moment sei man dabei, inhaltlich an den Punkten, die in der Entscheidung des Gerichtes aufgerufen worden, zu arbeiten.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zum Schriftverkehr Kultusministerium

Bezüglich des Schreibens vom Kultusministerium zur TOO GmbH fragte **Herr Krause**, ob Herr Oberbürgermeister sich auch schon telefonisch mit dem Kultusminister in Verbindung gesetzt habe, um zu klären, ob es sich eventuell um ein Missverständnis handeln würde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass Herr Professor Puhle kontaktiert wurde und dieser das Schreiben bestätigt habe.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** die Stadträte darum, auf die Landtagsabgeordneten einzuwirken, um die geplanten Kürzungen zu verhindern.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Entwidmung der Halle-Saale-Schleife

Auf die Anfrage von **Herrn Krause**, wann die Halle-Saale-Schleife Straße entwidmet werde, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass sich erst noch das Land klar positionieren müsse. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgt.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Böllberger Weg

In Bezug auf seine schriftlich an den Oberbürgermeister gerichteten Fragen zum Böllberger Weg fragte **Herr Wolter**, wann eine Beantwortung erfolgen werde.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass er davon ausgehe, dass morgen Mittag eine schriftliche Antwort auf die Fragen von Herrn Wolter vorliegen werde und die Fraktionen dann über das Material verfügen können.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Theaterfinanzierung

Zum Sachstand der Theaterfinanzierung durch das Land wies **Herr Wolter** darauf hin, dass im Juli diesen Jahres der Beschluss zur Beauftragung des Oberbürgermeisters zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Land gefasst wurde, um zu verhindern, dass die geplanten Kürzungen so umgesetzt werden, wie sie angekündigt worden sind.

Seiner Meinung nach lasse die jetzige Information des Oberbürgermeisters vermuten, dass dieser Auftrag nicht umgesetzt wurde und er fragte an, wann es einen Vorschlag geben werde, der mit dem Land zu einem Theaterfinanzierungsvertrag führe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass ein solcher Vorschlag eingereicht wurde und Herr Stiska sehr ausführlich und umfangreich dargestellt habe, was durch die Stadt an das Land eingereicht wurde. Damit sei man auch in der Diskussion mit dem Land gewesen und aus diesem Grund konnte man auch das jetzige Schreiben des Ministeriums nicht nachvollziehen.

Die Stadt habe keine Möglichkeit auf Grund der Tarifverträge, zum jetzigen Zeitpunkt auf eine Kürzung Bezug zu nehmen. Im Ministerium wurde dargestellt und besprochen, welche Schritte vorzunehmen sind, um 2018 auf 411 Mitarbeiter zu kommen. Diese Situation wurde umfangreich dargestellt und erläutert und alle Fragen des Ministerium beantwortet.

Auf Nachfrage von **Herrn Wolter**, welches Verhandlungsergebnis es mit dem Land gäbe, erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass die Stadt eine Zielkonzeption vorlegen sollte, was auch erfolgt ist. Verbunden war dies mit dem Hinweis, dass die Untersuchungen in der TOO GmbH noch nicht vollständig abgeschlossen sind.

Bei weiteren Verhandlungen mit dem Land müsse aber auch deutlich gemacht werden, dass die vorgelegte Zielkonzeption mit den geplanten Kürzungen nicht erreicht werden kann.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum Inline-Skate-Club

Herr Wolter verwies auf eine Information des Inline-Skate-Club in Bezug auf die Möglichkeit eines Pachtvertrages mit der Anfrage, weshalb jetzt statt des Pachtvertrages ein Mietvertrag geplant sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE, zum Schriftverkehr Kultusministerium

Herr Knöchel fragte in Bezug auf das Fax des Kultusministeriums zur TOO GmbH an, ob es in den Gesprächen mit Herrn Professor Puhle Andeutungen gab, dass die konzeptionellen Darlegungen der Stadt grundsätzlich nicht akzeptabel seien.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erläuterte, dass im Vorfeld vereinbart wurde, ein Zielkonzept zu erarbeiten. Die eingereichten Ausführungen waren immer Gegenstand der Gespräche mit dem Ministerium und stehen nach Einschätzung der Verwaltung im Einklang mit dessen Erwartungen.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zur Bürgerveranstaltung Justizvollzugsanstalt

Herr Bönisch fragte an, ob zur geplanten Bürgerveranstaltung zur Justizvollzugsanstalt ausreichend Plätze in den vorgesehenen Schulräumen zur Verfügung stehen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte dies zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu Wirtschaftsplan der TOO GmbH

Bezugnehmend auf das Schreiben des Landesverwaltungsamtes, dass Herr Oberbürgermeister mit seinem Widerspruch gegen den Beschluss zum Wirtschaftsplan der TOO GmbH erfolgreich ist, fragte **Herr Bönisch** nach den Konsequenzen, da jetzt kein bestätigter Wirtschaftsplan vorliege.

Desweiteren merkte er an, dass das Schreiben vom 29.10 datiert und auch an diesem Tag in der Verwaltung eingegangen sei, mit der Einräumung der Gelegenheit zur Stellungnahme bis 15.11.2013. **Herr Bönisch** verwies darauf, dass die Stadträte das Schreiben erst am 12.11. oder 13.11. erhalten und deshalb der Stadtrat als Antragsgegner keine Gelegenheit gehabt hätte, eine Stellungnahme abzugeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass es eine Verständigung zwischen ihm und Herrn Stiska dahingehend gegeben habe, einen veränderten Wirtschaftsplan vorzulegen, mit welchem sich der Widerspruch erledigen würde. Kernaussage des Schreibens sei gewesen, dass ein Betrag von der Stadt als Zuschuss verlangt werde, obwohl die TOO GmbH diesen Zuschuss momentan selber tragen könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch, welche konkreten Auswirkungen das auf die TOO GmbH habe, teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass der Wirtschaftsplan verändert und die TOO den Betrag aus eigenen Kräften bereitstellen werde. Dementsprechend werde er bei Beschluss des geänderten Wirtschaftsplans seinen Widerspruch zurückziehen, das Schreiben sei dann damit erledigt.

Desweiteren fragte **Herr Bönisch** nach, ob es stimme, dass das Land verboten habe, dass die Stadt die Mehrkosten für die TOO GmbH trage.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand äußerte dazu, dass in Gesprächen mit dem Land diesbezügliche Äußerungen gemacht worden sind.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Ratsinformationssystem

Herr Bönisch bat um eine grundsätzliche Diskussionen zur Verfahrensweise mit dem Ratsinformationssystem. Er halte die Sicherheitseinstellungen für übertrieben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Abstimmung zu diesem Thema zu.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Jahresabschluss Berufsförderungswerk

Herr Bönisch informierte darüber, dass in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über den Jahresabschluss des Berufsförderungswerks abgestimmt wurde. Da die Stadt im Berufsförderungswerk nur mit 16 % beteiligt sei und Herr Kogge dem Wirtschaftsplan bzw. dem Jahresabschluss schon vorbehaltlich zugestimmt habe, halte er eine Beschlussfassung im Nachhinein für nicht sinnvoll, da eine andere Abstimmung nicht möglich sei. Er fragte, ob nicht in einem solchen Fall eine einfache Information ausreichen würde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass man vielleicht mit einem anderen Gesellschafter zusammen mehr Anteile erreicht hätte, was **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auch bestätigte.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zur Sitzungsplanung

Auf Anfrage von **Herrn Krause** nach den Terminketten der Sitzungen für 2014 teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass die Sitzungsplanung Ende der Woche an die Fraktionen übergeben werde.

zu 10 Anregungen

Es lagen keine Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete den öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Anja Schneider
Protokollführerin